

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zur „Einhaltung der Schuldenbremse“

Deutsche Finanzbranche hält Schuldenbremse für erforderlich – Lockerung in Krisenzeiten sollte möglich sein

FRANKFURT, 30. November 2023

Hintergrund:

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, der Modernisierung der Bundeswehr und den Folgen der durch den Ukraine-Konflikt ausgelösten Energiekrise hat der Bund erhebliche Mittel in Form von „Sondervermögen“ bereitgestellt. Allein die Sondervermögen „WSF Corona“ (150 Mrd. €), „WSF Energiekrise“ (200 Mrd. €) und das Sondervermögen Bundeswehr (100 Mrd. €) machen ein Volumen von 450 Mrd. € aus.

Diese werden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet, zu deren Einhaltung der Bund verpflichtet ist. Dies hat zuletzt der Bundesrechnungshof moniert. Die maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme ist auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes begrenzt. Angesichts des weiterhin hohen Finanzbedarfs zur Finanzierung der grünen und digitalen Transformation gehen die Meinungen auseinander, ob man die Schuldenbremse strikt einhalten, aufweichen oder aussetzen sollte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umfrage gestartet wurde, noch bevor das BverfG den Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt hat. Die Folgen des Urteils werden noch kontrovers diskutiert, verursachen jedoch wenigstens eine Finanzierungslücke von 60 Milliarden Euro im Klima- und Transformationsfonds (KTF).

Ergebnisse der Umfrage

Etwa 43,4% der Befragten hält eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse für notwendig. Dagegen sind etwa 45,4% der Panelisten der Auffassung, dass die Schuldenbremse in Krisenzeiten gelockert werden sollte. 6,8% der Befragten sprechen sich sogar für eine Aussetzung der Schuldenbremse in Krisenzeiten aus. Für eine vollständige Abschaffung der Schuldenbremse votiert nur ca.1% der Befragten. „Der Finanzsektor hält die Schuldenbremse für erforderlich. Vieles spricht jedoch für eine flexible Handhabung in Krisenzeiten. Möglicherweise muss man hier über eine Verfassungsänderung nachdenken“, erläutert Prof. Dr. Volker Brühl vom Center for Financial Studies.

Der Bundesrechnungshof hat jüngst die zunehmende Verlagerung von Schulden in Sondervermögen kritisiert. Dies verringere die Kontrollmöglichkeit des Parlaments.

Pressemitteilung

Andererseits kann der Bund durch Sondervermögen in Krisen schneller reagieren. 58,5% der Befragten sprechen sich für die Zulässigkeit von Sondervermögen aus. Dagegen lehnen 41,5% der Befragten Sondervermögen grundsätzlich ab.

Eine klare Mehrheit von fast 76% glaubt zudem, dass eine Aufweichung der Schuldenbremse die Inflationsrisiken erhöhen würde.

„Die in etwa gleich großen Voten zeigen das Spannungsfeld der aktuellen finanzpolitischen Diskussion auf. Die Schuldenbremse wird als ein Stabilitätsanker, mit gravierenden, unerwünschten Nebeneffekten, gesehen. Eine politische Lösung scheint gefunden. Darüber hinaus kann der Finanzplatz auch bei der Lösung unterstützen. Es ist Zeit den Austausch zwischen Frankfurt und Berlin zu intensivieren“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.